



FDP-Ratsgruppe
Dönhoffstr. 99
51373 Leverkusen

Herrn
Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Leverkusen, den 30.05.2016

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien

Antrag

Die Kulturstadt Lev beginnt umgehend mit einer aktiven Verkaufsaktion, um die Anzahl der Jahreskarteninhaber für das Museum Morsbroich deutlich und nachhaltig zu erhöhen.

Die Jahreskarten werden ab sofort für den Preis von 25,00 €, statt bisher 17,50 €, angeboten. Gleichzeitig wird bei der Vermarktung mit einem Lastschriftverfahren und einer automatischen Verlängerung der Jahreskarten um jeweils ein Jahr gearbeitet, wie es für andere Dauerkarten auch praktiziert wird.

Leverkusener Geschäftsinhaber, insbesondere die, die sich an den Unterschriftenaktionen für den Erhalt des Museum beteiligt haben, werden gebeten, sich aktiv an der Vermarktung der Jahreskarten zu beteiligen.

Begründung

Viele Leverkusener Bürgerinnen und Bürger haben in den vergangenen Wochen ein eindeutiges Statement für den Erhalt des Museums Morsbroich abgegeben. Das Museum, zuvor oftmals eher im Fokus auswärtiger Kunstkenner, ist in den Blick der Bevölkerung gerückt. Um dieses Kulturangebot angesichts der finanziellen Situation der Stadt nachhaltig aufrecht erhalten zu können, sollten - neben sonstigen sinnvollen Maßnahmen - auch alle Optionen zur Einnahmeverbesserung genutzt werden. Vielen Leverkusenern ist offensichtlich kaum bekannt, dass sie das Schloss mit dem Erwerb einer Jahreskarte unterstützen können und damit jederzeit Eintritt ins Museum haben. Im vergangenen Jahr sind nur insgesamt 13 Jahreskarten ausgegeben worden, hier sollte schnellstmöglich agiert werden.

Sollte es KSL gelingen, 10.000 Jahreskarten zum vorgeschlagenen Preis von 25,00 € zu verkaufen, sind hier jährlich 250.000 € zu erwarten. Selbst wenn ein derartiger Jahreskartenverkauf zu einer geringeren Anzahl verkaufter Einzeltickets führen sollte, ist von einem deutlich positiven finanziellen Effekt auszugehen.

Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens
FDP-Ratsgruppe